

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedrucker Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmond-Spaltenzeile oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. n. f. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

# Laibacher Zeitung.

## Amtlicher Theil.

Das Justizministerium hat zu Prätorien zweiter Klasse in Biadene den Prätoradjunkten von Chioggia, Luigi Zannoner; in Maniago den Prätoradjunkten von Codroipo, Dr. Giovanni Battista Pano; in Moggio den Gerichtsadjunkten von Vicenza, Nobile Filippo de Portis; in Barbarano den Prätoradjunkten von Monselice, Lorenzo Pezzotti, und in Asiago den Gerichtsadjunkten von Venedig, Giulio Sartorelli, ernannt.

Das Ministerium für Handel und Volkswirtschaft hat die Wiederwahlen des Otto Bischof zum Präsidenten, und des Norbert Lang zum Vizepräsidenten der Handels- und Gewerbekammer in Pilsen für das Jahr 1863 bestätigt.

## Nichtamtlicher Theil.

### Zur polnischen Angelegenheit.

Laibach, 17. März.

Die Berufung des österreichischen Botschafters vom französischen Hofe zu einer Konferenz der leitenden Staatsmänner in Wien und zu dem Behufe, aus dem Munde des Monarchen Weisungen zu erhalten, ist in der That ein bedeutungsvolles Ereigniß. Es müssen Angelegenheiten der wichtigsten Art vorliegen. Daß die Berufung mit der polnischen Frage zusammenhängt, ist wohl außer Zweifel. Man hält es für wahrscheinlich, daß man in Wien aus dem persönlichen Bericht des Fürsten Metternich den Grundgedanken Napoleon's in dieser Frage erfahren zu können hofft.

Man spricht viel von österreichischen Sympathien in dem insurgirten Polen. Die Aufständischen in Russisch-Polen tragen eine auffallende Vorliebe für Oesterreich zur Schau. Ein böhmisches Blatt theilt aus einem Krakauer Privatbrief, den Jemand geschrieben, der zwei Mal sich im Lager der Insurgenten aufgehalten, das Nachfolgende mit: „Die politische Stimmung ist hier für Oesterreich so günstig, wie sie vielleicht seit der Theilung Polens noch nicht war. Sogar die Frauen, die uns bekanntlich am meisten hassen und die sonst nie im Stande sind, ein deutsches Wort über ihre Lippen zu bringen, reden uns Deutsche, mirabile dictu, deutsch an. Das Tabak-Monopol hat noch nie solche Einnahmen geliefert, da unendlich viel österr. Fabrikat aus Krakau über die Grenze nach Kongreß-Polen geschmuggelt wird.“ Auch eine Erklärung von Dembinski an die Pariser „Presse“ ist durchaus für Oesterreich freundlich. Und mehr noch als das. Es scheint, daß unter einem freilich sehr kleinen Theile der Bevölkerung Polens der „Wunsch“ existirt, den Erzherzog Ferdinand Max zum König von Polen zu haben. „Das gemeine Volk in Krakau singt im Wirthshause manchen Gassenhauer, der für die Russen eben nicht schmeichelehaft ist, der Refrain bleibt aber immer: Es lebe unser König Maximilian I., Erzherzog von Oesterreich! Auch haben die Damen Krakau's unlängst Langiewicz eine Föhne verehrt, worauf sich und zwar auf der einen Seite die Mutter Gottes von Czestochau, auf der anderen Seite ein großer Lorbeerfranz mit dem polnischen Wappen und der Umschrift: „Es lebe Maximilian, König von Polen“, befindet. Auch sollen bereits Münzen zirkuliren, worauf sich das Brustbild des Erzherzogs befinden soll. Wie ich, heißt es in dem erwähnten Privatbrief, aus ziemlich verlässlicher Quelle entnommen habe, bereitet der russisch-polnische Adel eine Adresse an Se. Majestät unseren Kaiser

mit der Bitte um Unterstützung ihres Wunsches und Designirung des Erzherzogs Max zu ihrem König.“ Es ist nicht sehr viel zu geben auf diese Sympathien, sie sind mehr als gut gemeinte Aeußerungen über Oesterreich's Politik zu nehmen.

Was den Polen in Rußland bei ihren Bestrebungen vorschweben kann — sagt die „Trierer Ztg.“ — ist entweder eine vernünftige Behandlung nach freisinnigen, verfassungsmäßigen Gesetzen oder die Selbstständigkeit ihres Landes. Das Erstere muß ihnen Jedermann, der nicht zur russisch-barbarischen Föhne schwört, zugesichen, und die Mächte haben die Pflicht, Rußland wenigstens Vorstellungen zu machen, die ein solches Ziel im Auge haben. Die Selbstständigkeit des Landes aber befördern, hieße das östliche Europa einer Umgestaltung unterziehen wollen, die ohne einen großen Krieg nicht denkbar ist. Kongreß-Polen allein bildet kein Land, das einer Entwicklung im Sinne der modernen Staaten fähig wäre, ohne ein Debouché nach dem Meere hätte es keine Bedeutung. Gibt es nun wohl Jemanden, der glauben würde, Preußen ließe sich gutwillig herbei, Danzig an ein neu zu gründendes Polen abzutreten? So wenig Oesterreich Triest aufgeben wird, so wenig Preußen Danzig. Und ebenso wie Oesterreich Triest wieder erobern müßte, falls es dies verlieren sollte, so würde Preußen Danzig den Polen fortnehmen. Ohne das Meer aber hat Polen keine Bedeutung als selbstständiger Staat. Nun zeigt sich für die Errichtung eines solchen unter den Mächten bis jetzt auch noch nirgends Neigung, und die Wünsche der Polen, einen österreichischen Prinzen auf ihren erst zu errichtenden Thron zu setzen, stehen auf gleicher Höhe mit den mexikanischen und griechischen Velleitäten. Für ein besseres Los unter russischer Herrschaft zu sorgen, hat indeß England, Frankreich aus allgemeinen, Oesterreich aus speziellen Gründen eine dringende Pflicht.

### Aus dem Landtage.

Laibach, 17. März.

Die Fortsetzung der Spezialdebatte über das Gemeindegesetz begann in der heutigen Sitzung des Landtages mit dem §. 17. Derselbe enthält die Kreirung von Birikstimmen. Wir waren auf eine heftige Opposition gefaßt, fanden aber daß sich nur wenig Stimmen dagegen erhoben. Abg. Derbitsch war der einzige, der sich entschieden gegen die Birikstimmen aussprach; seine sehr gemäßigt gehaltenen Einwendungen fanden wenig Unterstützung im Hause, und es ward dem Berichterstatter nicht ershwert, die geltend gemachten Gründe zu bekämpfen. Bezüglich der Höchstbesteuerung war die Meinung vorwaltend, daß ihre Interessen auf diese Weise gewahrt bleiben sollen; allein gegen die Frauen und Curanden wurden verschiedene Gründe aufgestellt. Der wichtigste war ohnstrittig der von Seite der Regierung geltend gemachte, nämlich, daß das Reichsgesetz vom 5. März 1862 ihnen das passive Wahlrecht abspricht. Obgleich der Berichterstatter Baron von Pfalttern den Widerspruch nachwies, der zwischen den Artikeln 8 und 10 dieses Gesetzes liegt, so fand er doch für gut, den Ausschußantrag demgemäß zu modifiziren. Das Urtheil, welches er bei dieser Gelegenheit über das Gesetz vom 5. März 1862 fällte, war ziemlich hart.

Eine etwas minder lebhaftete Debatte entstand bei §. 24, welcher von der Vereidigung der Gemeindevorstände handelt. Der Ausschuß ist da weiter gegangen, als die Regierungsvorlage und hat den vollen Eid statt der einfachen Angelobung an Eidesstatt vorgeschrieben. Anlaß dazu hatten, wie der Berichterstatter mittheilte, die den bauerlichen Anschauungen nahestehenden Mitglieder des Ausschusses gegeben, die in der patriarchalischen Form, den vollen Eid in die

Hände des ältesten Ausschussesmanne's zu legen, den mächtigsten Eindruck auf die Gemüther der Gemeindeglieder erwarten. Auffallend war, was der Berichterstatter über das gegen die politischen Behörden waltende Mißtrauen sagte.

Bei §. 28 brachte der Abg. Brosch eine An gelegenheit zur Sprache, die zwar in keinem besondern Zusammenhang mit dem zu beratenden Paragraphen steht, die aber gleichwohl von hoher Bedeutung ist. Sie betrifft die Aufhebung der Sequestration des Waldes Jlovca in Oberkrain und die Aufhebung der Waldreservate überhaupt. So verdienstlich wir es auch halten, diese, das Interesse der Bevölkerung tiefberührende Frage angeregt zu haben, so meinen wir doch, daß der Moment nicht besonders glücklich gewählt war; es war der Schluß der Sitzung nahe und die Abgeordneten hörten mit wenig Aufmerksamkeit der sachkundigen Auseinandersetzung zu. Wenn der Antrag trotzdem zahlreiche Unterstützung fand, so ist der Grund dafür in der vom Hause gewürdigten Wichtigkeit der Angelegenheit zu suchen.

### 28. Sitzung des krainischen Landtages

am 17. März.

Herr Landeshauptmann theilt nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls dem Hause mit, daß Abg. Bleiweis einen zahlreich unterstützten Antrag eingebracht habe, des Inhalts: der Landtag wolle beschließen: 1. das Theater als Landesanstalt wird aufgelassen, 2. die Erträgnisse des Redoutengebäudes zc. fließen in den Landesfond, 3. der Landesausschuß wird beauftragt mit der Stadtkommune und den Logenbesitzern wegen Uebernahme des Theaters zu verhandeln. Der Antrag werde dem Finanzausschuß zur Vorberathung zugewiesen. Präsident bemerkt, er werde den Antrag nächstens auf die Tagesordnung bringen.

Folgt die Fortsetzung der Spezialdebatte über das Gemeindegesetz.

Abg. v. Pfalttern liest vorerst den §. 13 in seiner neuen, vom Ausschusse verfaßten Stylisirung.

Derselbe wird angenommen.

§. 17. Zene nach dem §. 11 der Gemeinde-Wahlordnung wählbaren Gemeindeglieder, welche von ihrem in der Gemeinde gelegenen Realbesitze mindestens 100 fl. österr. Währung, oder von ihrem dort betriebenen Gewerbe oder Erwerbe mindestens 200 fl. österr. Währung an der dermal bestehenden l. f. Steuer (ohne Einrechnung der Zuschläge) entrichten, haben das Recht, auch ohne Wahl in den Gemeindevorstand als Mitglieder einzutreten. Dieselben werden in die im §. 13 festgesetzte Zahl der Ausschussmitglieder nicht eingerechnet.

Militärpersonen in der aktiven Dienstleistung, so wie Frauenpersonen, die von diesem Rechte Gebrauch machen wollen, müssen — alle andern zum Eintritt in den Ausschuß berechtigten Personen können — sich durch einen Bevollmächtigten vertreten lassen.

Der Bevollmächtigte muß österreichischer Staatsbürger und eigenberechtigt sein, und es darf ihm keiner der in den §§. 3, 10 und 11 der Gemeinde-Wahlordnung angegebenen Ausnahmungs- und Ausschließungsgründe entgegenstehen.

Der Bevollmächtigte kann nur Einen vertreten, auch darf er nicht schon für seine Person der Gemeindevertretung angehören.

Abg. Derbitsch spricht gegen die Kreirung von Birikstimmen; er sagt, man solle den Höchstbesteuerten das Vorrecht, ohne Wahl in die Gemeindevertretung eintreten zu können, nicht einräumen, alle Vertreter sollten aus freier Wahl hervorgehen. Der ganze §. sei wegzulassen.



Abg. Deschmann wünscht Aufklärung vom Berichterstatter darüber, weshalb der Ausschuss von der Regierungsvorlage abgewichen, namentlich warum er eine andere Steuerquote festgestellt habe.

Abg. v. Apfalter gibt diese Aufklärungen. Der Ausschuss habe dabei das im Jahre 1859 von Vertrauensmännern in dieser Frage abgegebene Gutachten im Auge gehabt, welches dem Ausschussantrage ganz analog sei. Die Bestimmung, daß der 10. Theil der direkten Steuern entscheide, sei deshalb beibehalten worden, weil diese Quote sehr variabel sei, so daß in kleinen Gemeinden durch diesen Zensus eine Menge Virilstimmen entstehen würden, und dadurch die Autonomie der Gemeinde gefährdet würde. Die Steuerquote für die Gewerbe oder Erwerbe sei deshalb höher angenommen, weil hier ähnliche Fälle eintreten könnten, indem Industrieunternehmungen von sehr geringen Umfang schon mehr als 100 fl. Steuer zahlen und auch hier viele Virilstimmen entstehen würden. Der Ausschuss habe besonders Rücksicht auf die Interessenvertretung genommen, und dieß, als im Sinne des Rechtes gelegen, auch in Bezug auf die Minderjährigen und Frauen.

Se. Excell. der Herr Statthalter bemerkt, die Virilstimme sei schon durch das Reichsgesetz vom 5. März 1862 bestimmt; hier sei nur zu entscheiden, ob sie für Kram zulässig sei. Gegen den Zensus des Ausschussantrages wolle er keine Einwendungen machen, aber wohl gegen die Hereinziehung der Minderjährigen und Frauen, denn das verstoße gegen Artikel X des Reichsgesetzes vom 5. März 1862. Der Hinweis auf S. 9 und 10 der Wahlordnung spreche deutlich aus, daß Frauen und Kuranden das passive Wahlrecht nicht haben.

Abg. Kromer ist damit einverstanden, daß die höchstbesteuernten Virilstimmen haben sollen; bezüglich der Minderjährigen ist er der Ansicht Seiner Excellenz des Herrn Statthalters, aber nicht bezüglich der Frauen, sie seien nicht wählbar nach S. 9, aber wahlberechtigt nach S. 4 der Wahlordnung. Der Zensus für die Industriellen will er statt mit 200 fl. mit 150 festgesetzt haben.

Se. Excellenz der Herr Statthalter bemerkt, die Berufung auf S. 4 der Wahlordnung sei nicht am Platze, weil darin vom aktiven Wahlrecht die Rede sei, es hier sich aber um das passive Wahlrecht handle.

Abg. Brolich befürwortet die Regierungsvorlage.

Abg. v. Apfalter sagt, die wichtigste Einwendung, welche gegen den S. 17 gemacht werde betreffe die Virilstimme für Frauen und Kuranden. Er beruft sich auf Art. VIII des Reichsgesetzes vom 5. März 1862, worin dem Landtage die Befugniß erteilt werde, zu entscheiden, „ob und in wie ferne“ er anderen Personen gestatten wolle, sich durch Bevollmächtigte vertreten zu lassen. Mit diesem Artikel stehe freilich Artikel X im Widerspruch, der Frauen und Minderjährigen die Vertretung abspreche. Das besagte Reichsgesetz sei überhaupt kein glückliches Resultat der legislatorischen Thätigkeit des Reichsraths, es enthalte viele Bestimmungen, die bedauerlich und für das Gemeindefleben nicht förderlich seien. Das sei z. B. der Fall hier in Bezug auf Frauen und Kuranden. Er stellt nun, nachdem er noch die Einwendungen Kromer's, Brolich's und Derbisch's widerlegt hat, folgenden Antrag. In S. 17 solle Alinea 1 also lauten: „Jene, nach dem S. 9 und 11 der Gemeindevahlordnung u.“ wie oben. In Alinea 2 sollen die Worte „so wie Frauenpersonen“, und der Schlußsatz „Minderjährige und Kuranden üben dieses Recht durch ihre gesetzlichen Vertreter aus“ wegbleiben.

Der Abänderungsantrag Kromer's wird abgelehnt, der des Abg. v. Apfalter dagegen angenommen.

S. 18. Wird ein nach den vorstehenden Paragraphen zum Eintritte in den Gemeindeausschuss berechtigtes Gemeindeglied oder der gesetzliche Vertreter eines solchen auch durch die Wahl in den Ausschuss berufen, so hat er entweder diese Wahl anzunehmen oder von seinem gesetzlichen Rechte Gebrauch zu machen.

Zwei Stimmen im Ausschusse können ihm deshalb nicht zukommen.

S. 19. Der Gemeindeausschuss wählt aus seiner Mitte den Gemeindevorsteher und die Gemeinderäthe. Die Gemeinde-Wahlordnung enthält hierüber die näheren Bestimmungen.

Die Gemeinderäthe werden nach der Zahl der Stimmen, mit welchen sie gewählt wurden, gereiht.

Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los über den Vorzug in der Reihenfolge. In dieser Reihenfolge haben sie den Gemeindevorsteher in Fällen der Verhinderung zu vertreten.

Beide Paragraphen werden ohne Debatte angenommen.

S. 20. Jedes wählbare und ordnungsmäßig gewählte Gemeindeglied ist verpflichtet, die Wahl zum Ausschuss oder Ersatzmann oder zum Mitgliede des Gemeindevorstandes anzunehmen.

Das Recht, die Wahl abzulehnen, haben nur:

1. Geistliche und öffentliche Lehrer;  
2. Hof-, Staats-, Landes- und öffentliche Fondsbeamte und Diener, welche in aktiver Dienstleistung stehen;

3. Personen, die über 60 Jahre alt sind;

4. Diejenigen, welche eine Stelle im Gemeindevorstande durch eine volle Wahlperiode bekleidet haben, für die nächste Wahlperiode;

5. Diejenigen, die an einem, der Ausübung der Amtspflichten hinderlichen Körpergebrechen oder einer anhaltenden bedeutenden Störung ihrer Gesundheit leiden;

6. Personen, welche vermöge ihrer ordentlichen Beschäftigung häufig oder durch lange Zeit in jedem Jahre aus der Gemeinde abwesend sind;

7. Diejenigen, welche nach S. 17 zum Eintritte in den Gemeindeausschuss ohne Wahl berechtigt sind. Wer ohne einen solchen Entschuldigungsgrund die Wahl anzunehmen, oder das angenommene Amt fortzuführen verweigert, verfällt in eine Geldbuße, welche der Landesausschuss über Einschreiten der Gemeindevertretung bis 100 fl. bemessen kann.

Die Geldbuße fließt in die Gemeindefasse.

Abg. Kromer beantragt, Punkt 7 dieses Paragraphen solle lauten: „Diejenigen nach S. 9 und 11, welche ohne Wahl eingetreten sind.“ Er wolle den Großgrundbesitz in den Ausschuss einzutreten verhalten wissen.

Die vom Abg. Kromer beantragte Abänderung wird angenommen.

Bezüglich des vorletzten Alinea entspinnt sich noch eine Debatte darüber, daß die Strafe nicht von der politischen Behörde, wie es in der Regierungsvorlage hieß, sondern vom Landesausschusse bestimmt werden solle.

Se. Excellenz der Herr Statthalter führt die Gründe an, warum es besser sei, die politische Behörde hierin entscheiden zu lassen und empfiehlt die Regierungsvorlage.

Abg. Guttmann stimmt dem bei.

Abg. v. Apfalter sagt, der Ausschuss sei von der Ansicht ausgegangen, die politische Behörde nur in den dringendsten Fällen hereinziehen, um so die Autonomie zu wahren. Der Landesausschuss sei die stehende Behörde der Landesvertretung, sie solle in Gemeinde-Angelegenheiten entscheiden.

Abg. Kapelle fragt, ob Jemand, der 100 fl. Strafe zahlen müsse, dennoch verhalten werden könne, in den Gemeinde-Ausschuss einzutreten.

Abg. v. Apfalter meint, es bleibe das der Gemeinde überlassen, ob sie einen solchen trotzdem zum Vertreter begehre.

Der Ausschussantrag mit der Abänderung Kromer's wird hierauf angenommen.

S. 21. Die Ausschuss- und Ersatzmänner, sowie die Mitglieder des Vorstandes werden auf 3 Jahre gewählt. Sie verbleiben auch nach Ablauf dieser Zeit bis zur Bestellung der neuen Gemeindevertretung im Amte.

Die Ausretenden können, wenn ihnen kein gesetzliches Hinderniß im Wege steht, wieder gewählt werden.

S. 22. Wird die Stelle des Gemeindevorstehers oder eines Gemeinderathes im Laufe der drei Jahre erledigt, so hat der Ausschuss binnen längstens vierzehn Tagen eine neue Wahl für die noch übrige Zeit vorzunehmen.

Wird die Stelle eines Ausschussmannes erledigt, so hat der Gemeindevorsteher, wenn der abgängige Ausschussmann aus der Wahl einer ehemaligen Unterbezugs-Ortsgemeinde (S. 13 und 14) hervorgegangen ist, den für ihn bestimmten Ersatzmann, wenn derselbe aber von der Gesamtgemeinde gewählt worden ist, jenen Ersatzmann in den Ausschuss zu berufen, welcher in den Wahlkörper, in welchem der abgängige Ausschussmann gewählt worden war, die mehreren Stimmen erhalten hat.

Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Los.

Kann das abgängige Ausschussmitglied auf diese Art nicht ersetzt werden, so ist in der bezüglichen Unter-rücksichtlich Ortsgemeinde (SS. 13 und 14) oder dem betreffenden Wahlkörper auf der Grundlage der letzten Wählerliste eine Ergänzungswahl für die noch übrige Dauer der Wahlperiode unverzüglich vorzunehmen.

S. 23. Ueber die Berufung eines Ersatzmannes bei einer bloß zeitweisen Verhinderung eines Ausschussmannes haben die auf diesen Fall anwendbaren Bestimmungen des S. 22 zu gelten.

Diese Paragraphen werden, letzterer mit der Abänderung, daß statt Berufung „Einberufung“ gesetzt, und nach dem Worte „haben“ das Wort „gleichfalls“ eingeschoben wird, angenommen.

S. 24. Der Gemeindevorsteher und die Gemeinderäthe haben bei dem Antritte ihres Amtes eidlich dem Kaiser Treue und Gehorsam, Festhalten an der Reichs- und Landesverfassung, Beobachtung der Gesetze und gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten

in der Vollversammlung des Gemeindeausschusses und in Gegenwart eines Abgeordneten der politischen Behörde in die Hände des ältesten Ausschussmannes nach den im Anhange enthaltenen Eidesformeln zu geloben.

Abg. v. Apfalter stellt zugleich den Antrag, nach dem Worte „Ausschussmannes“ einzufügen „im Falle des S. 42 der Wahlordnung aber in die Hände des Gemeindevorstehers oder dessen Stellvertreters.“

Abg. Kromer beantragt eine Aenderung, dahin gehend, daß der Eid in die Hände des Abgeordneten der politischen Behörde abgelegt werde.

Abg. Deschmann spricht für Annahme der Regierungsvorlage; die darin vorgeschriebene Angelobung an Eidesstatt sei männlicher.

Se. Excellenz der Herr Statthalter meint, dieß sei vielleicht auch die Anschauung der Regierung bei Abfassung dieses Paragraphen gewesen. Er empfiehlt die Regierungsvorlage.

Abg. v. Apfalter beruft sich auf die Ansicht der im Ausschusse mit thätig gewesenen, mit den bürgerlichen Anschauungen mehr vertrauten Abgeordneten, welche den Eid der Angelobung vorgezogen hätten. Der Ausschuss habe die Ablegung des Eides in die Hände des ältesten Ausschussmannes darum gewählt, weil gegen die politischen Behörden immer ein gewisses Mißtrauen walte.

Kromer's Antrag wird abgelehnt, der Ausschussantrag dagegen mit dem Zusatz des Berichterstatters angenommen.

Die Eidesformeln werden verlesen und angenommen.

S. 25. Das Amt eines Ausschuss- und Ersatzmannes ist unentgeltlich.

Durch Gemeindebeschluß ist festzusetzen, ob und welche Entlohnung der Gemeindevorsteher und die Gemeinderäthe aus Gemeindegeldern zu erhalten haben.

Allen Gemeindevertretern gebührt die Vergütung aus der Gemeindefasse für die mit der Geschäftsführung verbundenen baren Auslagen.

S. 26. Ein Mitglied des Vorstandes, ein Ausschuss- oder Ersatzmann wird seines Amtes verlustig, wenn ein Umstand eintritt oder bekannt wird, welcher ursprünglich dessen Wählbarkeit gehindert, oder dessen nach S. 17 erfolgten Eintritt in den Ausschuss nach den Bestimmungen der SS. 9 und 11 der Gemeindevahlordnung unzulässig gemacht hätte.

Verfällt ein Mitglied des Vorstandes, ein Ausschuss- oder Ersatzmann in eine Unternehmung wegen einer in den SS. 3 und 11 der Gemeindevahlordnung genannten strafbaren Handlung, oder wird über dessen Vermögen der Konkurs eröffnet, oder das Ausgleichsverfahren eingeleitet, so kann dasselbe, so lange das Strafverfahren oder die Konkurs- oder Ausgleichsverhandlung dauert, sein Amt nicht ausüben.

Diese SS. werden ohne Debatte angenommen.

#### Viertes Hauptstück.

Von dem Wirkungskreise der Ortsgemeinde.

#### Erster Abschnitt.

Von dem Umfange des Wirkungskreises.

27. Der Wirkungskreis der Gemeinde ist ein doppelter:

- a) ein selbstständiger, und
- b) ein übertragener.

Wird ohne Debatte angenommen.

S. 28. Der selbstständige, d. i. derjenige Wirkungskreis, in welchem die Gemeinde mit Beobachtung der bestehenden Reichs- und Landesgesetze nach freier Selbstbestimmung anordnen und verfügen kann, umfaßt überhaupt Alles, was das Interesse der Gemeinde zunächst berührt, und innerhalb ihrer Grenzen durch ihre eigenen Kräfte besorgt und durchgeführt werden kann.

In diesem Sinne gehören hieher insbesondere:

1. Die freie Verwaltung ihres Vermögens und ihrer auf den Gemeindeverband sich beziehenden Angelegenheiten;
2. die Sorge für die Sicherheit der Person und des Eigenthumes;
3. die Sorge für die Erhaltung der Gemeinde-Strassen, Wege, Plätze, Brücken, sowie für die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf Strassen und Gewässern, und die Flurenpolizei;
4. die Lebensmittelpolizei auf die Ueberwachung des Marktverkehrs, insbesondere die Aufsicht auf Maß und Gewicht;
5. die Gesundheitspolizei;
6. die Gesinde- und Arbeiterpolizei und die Handhabung der Dienstabordnung;
7. die Sittlichkeitspolizei;
8. die Ertheilung von Gemeldzetteln;
9. das Armenwesen und die Sorge für die Gemeindegewaltthätigkeitsanstalten;
10. die Bau- und Feuerpolizei, die Handhabung der Bauordnung und Ertheilung der polizeilichen Baubewilligungen;



11. die durch das Gesetz zu regelnde Einflußnahme auf die von der Gemeinde erhaltenen Mittelschulen, dann auf die Volksschulen, die Sorge für die Errichtung, Erhaltung und Dotierung der Letzteren mit Rücksicht auf die noch bestehenden Schul-Patronate;

12. der Vergleichsversuch zwischen streitenden Parteien durch aus der Gemeinde gewählte Vertrauensmänner;

13. die Vornahme freiwilliger Feilbietungen beweglicher, und freiwilliger Verpachtung unbeweglicher Sachen.

Aus höheren Staatsrücksichten können bestimmte Geschäfte der Ortspolizei in einzelnen Gemeinden besonderen landesfürstlichen Organen im Wege des Gesetzes zugewiesen werden.

Abg. Brolich schildert in längerer Rede die in den Bezirken Radmannsdorf, Laß und Kronau bestehenden Uebelstände, hervorgerufen durch die Sequestrierung der Gemeindegewaldungen und durch die Waldreservate. Er stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen, die Regierung sei zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die Sequestrierung des Waldes Jlovca aufhöre, und daß ein Gesetz bezüglich der Aufhebung der Waldreservate erlassen werde.

Der Antrag wird unterstützt.

Präsident bemerkt, er werde diesen Antrag, der ein selbstständiger sei, nächstens auf die Tages-Ordnung setzen.

Schluß der Sitzung 2¼ Uhr. Nächste Sitzung morgen. Tagesordnung: 1) Fortsetzung der Spezial-Debatte, 2) Vorlage der Präliminarien für 1862 und 1863 bis Januar 1864.

## Oesterreich.

**Wien.** Nach den aus den verschiedenen Landtagen eingelaufenen verlässlichen Nachrichten ist nicht daran zu zweifeln, daß es allen gelingen werde, die ihnen vorliegenden, für die betreffenden Länder wichtigen legislativen Aufgaben innerhalb des festgesetzten Termines zu bewältigen. Es kann daher dem Schlusse der einzelnen Landtage mit Ende des laufenden Monats mit Gewißheit entgegengesehen werden. Was den bis zum 29. d. M. erneuert vertagten galizischen Landtag betrifft, so dürfte derselbe mit Hinblick auf den bereits feststehenden Schluß der diesjährigen Landtagssession bei den vorwaltenden Verhältnissen im Verlaufe dieser Session wohl kaum mehr zusammenreten. So ernstlich auch die Umstände, welche eine Vertagung dieses Landtages herbeiführten, im Interesse des Landes selbst von Jedermann gewiß lebhaft bedauert werden müssen, so war und ist doch die Unerlässlichkeit dieser Maßregel allseitig, insbesondere auch von den zunächst Beteiligten offen anerkannt, und in dieser Anerkennung am Unzweifelhaftesten gerechtfertigt.

## Frankeich.

**Paris, 15. März.** Der Auszug aus der Sammlung diplomatischer Dokumente über Polen ist veröffentlicht worden.

Eine Depesche Drouin de Lhuys' an den französischen Botschafter in London, vom 26. März 1855, welche vorschlägt, von Rußland die Wiederherstellung Polens nach dem Wiener Vertrage zu verlangen.

Eine Depesche Walewski's vom 15. Oktober 1855 an den französischen Botschafter in London erwähnt die englische Antwort. Das englische Kabinett theilt die Ansichten Frankreichs und will aus der Wiederherstellung Polens nach den Verträgen von 1815 keine Friedensbedingung machen. Demungeachtet glaubt Walewski, es sei während der Friedensunterhandlungen notwendig, die polnische Frage zu behandeln. — Eine Depesche Drouin de Lhuys' vom 17. v. M. an den französischen Botschafter in Berlin drückt das Erstaunen darüber aus, daß Preußen aus der Neutralität getreten sei. Dieselbe setzt die Gefahr auseinander, welche Preußen erweckt hat. Preußen hat die polnische Frage herausbeschworen, die Insurrektion war eine lokale, sie kann eine nationale werden. Gleichzeitig stürzt sich Preußen in schwere Verlegenheiten; es hat eine Situation voller Unruhe geschaffen, welche die Quelle von Verwicklungen für die Kabinette werden kann.

Eine Depesche Drouin de Lhuys' an den französischen Botschafter in Petersburg vom 18. Februar 1863 konstatirt, Frankreich habe immer gesucht, Rußland Verlegenheiten wegen der Angelegenheiten Polens zu ersparen. Aber die Sympathien für Polen sind in Frankreich allgemein und die französische Regierung ist von der öffentlichen Meinung entzweit. Sie erinnert daran, daß die Vertreter Europa's das Schicksal Polens in Wien bestimmt haben. Die französische Regierung werde den Charakter der freundschaftlichen Beziehungen mit Rußland nicht vergessen, aber sie hat dem Baron Bülow es nicht verhehlt, daß die Ereignisse zu größeren Verlegenheiten führen, der

Druck der öffentlichen Meinung imponirender werden könnte, und daß die französische Regierung wünsche, daß Rußland die Lage nicht schwieriger machen möge. Die Depesche schließt, indem sie sagt, daß Rußland, wenn es nichts für Polen thun werde, sich der öffentlichen Meinung entgegenstellen und eine für Frankreich und sich selbst peinliche Lage schaffen werde.

Eine Zirkular-Depesche vom 1. März 1863 an die diplomatischen Agenten setzt auseinander, daß England den gemeinschaftlichen Schritten in Berlin gegen die Konvention sich nicht angeschlossen habe. Oesterreich wollte nicht in offizieller Weise die Konvention, für welche es jedoch die Verantwortlichkeit ablehnte, tadeln. Die Depesche glaubt jedoch, daß die Wirkung, welche die Konvention hervorgebracht hat, keine verlorene sei; Frankreich wird den Ereignissen mit jenem Interesse folgen, welches sie verdienen, seine Pflichten sind konform mit jenen der beiden anderen Mächte.

## Tagesbericht.

**Laibach, 18. März.**

Der am 3. d. M. in einem Alter von 72 Jahren verstorbene Vorsteher der hiesigen Sparkasse Johann Nep. Schlager, Ritter des Franz-Josef-Ordens, Ehrenkommandeur, Schulrath und emeritirter Direktor der Laibacher Normalhauptschule widmete in seiner letztwilligen Anordnung einen nicht unbedeutenden Theil seines Vermögens zu wohltätigen Stiftungen, wie er denn schon bei Lebzeiten viele Akte der Wohlthätigkeit geübt, und namentlich vielen mittellosen Studirenden durch väterliche Fürsorge die weiteren Studien ermöglicht hat. Das Armenhaus in Stein erhält nach seinem Tode 6 Bank-Aktien als Kapital, das Laibacher Armeninstitut 1000 fl., die Armen in der Vorstadt Gradiska 200 fl., die Kleinkinderbewahranstalt 200 fl., die barmherzigen Schwestern in Laibach 500 fl., der Pensionsfond für Schullehrer-Witwen eine Metallique-Obligation pr. 1000 fl. Unter die armen Schüler der Laibacher Normalhauptschule sind 1000 fl. zu vertheilen, ebensoviel unter die armen Schülerinnen der Mädchenschule bei den Ursulinerinnen in Laibach. Ein Stiftungskapital von 2000 fl. ist zu Stipendien für Studirende aus der Verstorbenen Verwandtschaft, und in deren Ermangelung für studirende Bürgerkinder aus Stein bestimmt. Die Mädchenschule bei den hiesigen Ursulinerinnen bekommt eine Domestikal-Obligation von 1510 fl., deren Interessen für Schulprämien bestimmt sind. Ferner werden 3000 fl. der Stadgemeinde Stein für Herstellung eines ordentlichen Weges aus der Stadt auf den Friedhof legirt. Was nach Auszahlung der Legate übrig bleibt, soll zur Gründung eines Armenhauses bei der Pfarre St. Martin in Oberluchin verwendet werden.

**Wien, 15. März.**

Heute Vormittags wurden im Staatsministerium die Verathungen über den Landesverfassungs-Erwerb für das lombardisch-venetianische Königreich durch Se. Excellenz den Herrn Staatsminister eröffnet, über dessen Ersuchen Se. Excellenz der Herr Staats- und Konferenzminister Graf Hartig das Präsidium bei den folgenden Sitzungen des für diese Verathungen gebildeten Komitee übernehmen wird.

— Von Seite der beiden siebenbürgischen Bischöfe wurden die Einladungen zu der Allerhöchste genehmigten rumänischen Nationalkonferenz bereits versendet und ist dieselbe für den 19. April d. J. nach Herrmannstadt berufen.

**Wien, 17. März.**

Einer Meldung des „Vaterland“ zufolge wird Se. Majestät der Kaiser im Laufe des künftigen Monats auch Venedig mit einem Besuche beehren. Nach beendeter Besuche in Dalmatien wird Se. Majestät eine Besichtigung des österreichischen Küstestriches vornehmen, um sich von dem Stande der Küstenbefestigung zu überzeugen, und dann nach Venedig kommen. Von hier aus wird sich Se. Majestät nach Verona begeben, wo eine große Revue abgehalten wird, worauf dann die Rückreise nach Wien über Tirol angetreten wird bei welcher Gelegenheit die in letzter Zeit daselbst vorgenommenen Befestigungen besichtigt werden. Für die Seereise Sr. Majestät werden die Kriegsdampfer „Elisabeth“ und „Greif“ in Bereitschaft gehalten. In Venedig wird der Kaiser vom JZM. Ritter v. Benedek erwartet werden, welcher Se. Majestät dann nach Tirol begleitet und sodann eine längere Urlaubsreise antritt. In Ragusa wird eine Deputation von Serben und Montenegrinern Se. Majestät erwarten, um ihren Dank im Namen des Landes für die gewährte Unterstützung auszusprechen. Die Abwesenheit des Kaisers von Wien dürfte 11 bis 12 Tage dauern; in seiner Begleitung wird sich auch der Marineminister befinden.

## Neueste Nachrichten und Telegramme.

**Krafsan, 15. März, Abends.** Reisende aus St. Petersburg erzählen, daß große Truppenmassen gegen Litauen und Polen heranziehen. Aus Strzemieszice sind am 13. 500 Russen nach Olsusz abgegangen.

Langiewicz scheint sich gegen Staszow zu wenden. Er gibt Noten zu zwei polnische Gulden aus.

**Berlin, 16. März.** Die „National-Zeitung“ berichtet aus Wilna vom 11. d. M.: Oesterreich sei eine Abtheilung Garde-Infanterie bei Lubinski (3½ Meilen von Wilna) in einen Hinterhalt gelockt worden und habe 250 Mann verloren. Die revolutionäre Bewegung hat Pleskow erreicht.

**Rom, 16. März.** Im geheimen Konsistorium wurden 16 Erzbischöfe, mehrere Kardinäle, darunter Trevisanato und Luca, der Nuntius in Wien, ernannt.

**Turin, 16. März.** Garibaldi's Wunde scheint sich zu verschlimmern.

## Aus den Landtagen.

**Czernowitz, 9. März.** Das heute als Regierungsvorlage eingebrachte Statut der Stadt Czernowitz, ferner die Anträge von Prunkul wegen Einführung der Geschworenengerichte und von Kovacs auf Aenderung im Heeresergänzungsgesetze werden Ausschüssen von je fünf Mitgliedern zugewiesen. Der Antrag Prunkul's, der Landesausschuß habe in der nächsten Session über die Errichtung einer Forst- und Landwirtschaftsschule in der Bukowina und einer Realschule in Suczawa motivirte Anträge zu stellen, wird angenommen. Hierauf Bericht des Petitions-Ausschusses. Nächste Sitzung am 11. — Von der Stadt Czernowitz wurde Georg Ritter v. Hornuzaki in den Landtag gewählt.

## Theater.

Montag den 16. d. Mts.: „Richard's Wan-derleben“, Lustspiel nach dem Englischen des Oleeffe. Abschiedsvorstellung des Herrn Hugo Müller.

Die Idee, Citate aus den Bühnenwerken heimischer und fremder Dichter in die Situationen des gewöhnlichen Lebens hineinzuverschmelzen, ruft durch den Kontrast des breiten Pathos mit den engen Lebensverhältnissen oft drastische Wirkung hervor; wenn aber ein im Ganzen als gut und edel gezeichneter Charakter in den ernstesten Momenten des Lebens, beim Andrang der heiligsten Gefühle der Seele nicht eigene Worte für seinen Schmerz, für seine Nahrung findet, und beim Abschied von seiner Geliebten, der ihm das Herz zu brechen droht, zum hohen Pathos des Citats greift und ihr „Lebe wohl, Madrid“ zuruft, so ist dieß in unseren Augen eine Verstärkung der heiligsten Gefühle einerseits und der übel angewendeten Geistesprodukte unserer Dichterheroen andererseits, über die wir vom Standpunkte der Aesthetik wohl mit dem Verfasser hadern möchten. Dieß unsere Meinung über das Stück. In der Aufführung desselben excellirte aber Herr Müller als der Durchführer des Deklamationsquodlibet's, d. h. der Rolle Richard's. Wenn er das Unnatürliche und leicht Anwidernde des hohen Scherzes bei ernster Situation verwischte, so ist dieß eben das Verdienst des Künstlers gewesen. Wir hätten Herrn Müller aber trotz dem lieber in einem besseren Stücke scheiden gesehen. Unter den übrigen Darstellern ist Jrl. v. Belizey rühmlich zu erwähnen. Herr Prosch erheiterte durch die Komik seiner Maske und Erscheinung. Das Publikum war zahlreich erschienen, um dem lieben Gaste seine Sympathien, durch stürmischen Hervorruf bei offener Szene und nach den Aufschlüssen, auszudrücken. „Ich scheide dankbar auf Nimmerwiedersichn“, sprach der Gast, diese Worte seiner Rolle gegen das Publikum gewendet, sprechend. Mögen die letzten zwei Worte nicht wahr werden, war der Wunsch des Publikums.

## Getreide-Durchschnitts-Preise in Laibach

am 14. März 1863.

Ein Megen	Marktpreise		Magazinspreise	
	in österr. Währ.			
	fl.	kr.	fl.	kr.
Weizen . . . . .	—	—	5	2
Roma . . . . .	—	—	3	15
Gerste . . . . .	—	—	2	97
Hafer . . . . .	—	—	2	24
Halbfrucht . . . . .	—	—	3	55
Heiden . . . . .	—	—	2	82
Hirse . . . . .	—	—	2	97
Rufurug . . . . .	—	—	3	6



**Börsenbericht.** Wien, 16. März. (Mittags 1 1/2 Uhr.) (Mr. 3tg.) Während unsere Valuta sich sehr gut behauptet, leiden fast alle Papiere unter dem Drucke einer großen Flaubeit. Von den Fonds-papieren haben Metalliques, Obligationen, Convertirte in österreichischer Währung und einige Sorten von Grundentlastungs-Obligationen, von den Industriellen Credit-Aktien, Bank- und Kompten-Aktien, dann galizische Karl Ludwig-Bahn Aktien den meisten Kursverlust erlitten. Auch verlosbare Bankpfandbriefe und Credit-Lose matten, dagegen 1860er Lose im Verhältniß gut behauptet und gegen die letzte Notiz kaum schwächer. Ueberhaupt in Papieren der Schluss fester. Fremde Wechsel von Anfang bis zu Ende der Börse genügend ausgeboten und auch Gold und Silber fast noch wohlfeiler als vorgestern. Geld hinlänglich flüssig.

Öffentliche Schuld.				Geld				Wechsel			
A. des Staates (für 100 fl.)				Ob. u. Def. und Salz.	zu 5%	83 75	84 25	Galiz. Karl-Ludw. Bahn z. 200 fl.	Geld	Ware	Galiz. Karl-Ludw. Bahn z. 200 fl.
In österr. Währung	zu 5%	68.50	68.75	Böhmen	5	86 50	87 —	G. M. m. 180 fl. (90%) Einz.	211.	212.	211.
5% Anle. v. 1861 mit Rückz.		94.30	94.50	Steiermark	5	88 —	88 50	Öst. Dampfsch.-Gef. 430.	432.	432.	430.
detto ohne Abschritt 1862		93.15	93.30	Kärnt., Krain u. Küst.	5	85 50	87 —	Österr. Lloyd in Triest	233.	235.	233.
National-Anlehen mit				Währen u. Schleien	5	87 50	88 50	Wiener Dampf.-Akt.-Gef.	393.	—	393.
Jänner-Coupons	5%	80.80	80 90	Ungarn	5	73 75	74 50	Wiener Kettenbrücken	398.	400.	398.
National-Anlehen mit				Tem. Van, Kro. u. Slav.	5	72 —	72 50	Böhm. Westbahn zu 200 fl.	159 50	160 —	159 50
April-Coupons	5	80 90	81 —	Galizien	5	72 —	72 50	Theißbahn-Aktien 200 fl. G. M.	—	—	—
Metalliques	5	74.25	74 40	Siebenb. u. Bufow.	5	74 50	72 50	m. 140 fl. (70%) Einzahlung.	147.	—	147.
detto mit Mai-Coup.	5	74.50	74 70	Venetianisches Anl. 1859	5	—	—	Pfandbriefe (für 100 fl.)			
detto	4 1/2	65 —	65 50	Nationalbank	—	797 —	798 —	Nationalbank 6jäh. v. 3. 1857; 5%	104 80	104 90	104 80
mit Verlosung v. Jahre 1839	153.	151 —	151 —	Kredit-Anstalt zu 200 fl. d. B.	213 10	213 20	213 20	bank auf 10 „ ditto 5	100 75	101 25	100 75
„ „ 1854	92 25	92 50	92 50	N. d. Escom.-Gef. z. 500 fl. d. B.	645 —	646 —	646 —	G. M. verlosbare 5	89 75	90 —	89 75
„ „ 1860 zu	93 20	93 30	93 30	K. Ferd.-Nordb. z. 1000 fl. G. M. 1853.	1884 —	1884 —	1884 —	Nationalb. auf d. B. verlosb. 5	85 25	85 50	85 25
500 fl.	93 20	93 30	93 30	Staats-Gef. z. 200 fl. G. M.	232 50	233 —	233 —	Lose (per Stück.)			
zu 100 fl.	94 40	94 60	94 60	oder 500 fr.	151 75	152 25	152 25	Kred.-Anstalt für Handel u. Gew.	135 30	135 50	135 30
Como-Rentenst. zu 42 L. austr.	16 75	17 —	17 —	Kais. Alf.-Bahn zu 200 fl. G. M.	130 75	131 —	131 —	zu 100 fl. d. B.	99 50	100 —	99 50
B. der Kronländer (für 100 fl.)				Süd.-nordb. Verb.-B. 200	—	—	—	Don.-Dampf.-G. zu 100 fl. G. M.	36 50	37 —	36 50
Grundentlastungs-Obligationen.				Süd. Staats- lomb. ven. u. Centr.	—	—	—	Stadtgem. Ofen 40 „ G. M.	97 —	98 —	97 —
Nieder-Österreich	zu 5%	87 75	88 25	ital. Gef. 200 fl. d. 23 500 fr.	—	—	—	Stierhazy 40	37 50	38 —	37 50
				m 180 fl. (90%) Einzahlung.	271 —	272 —	272 —	Salm 40 fl. d. B.	—	—	—

Effekten- und Wechsel-Kurse			
an der k. k. öffentlichen Börse in Wien.			
Den 17. März 1863.			
Effekten.		Wechsel.	
6% Metalliques	74.25	Silber	114 50
6% Nat.-Anl.	80.95	London	115 10
Bankaktien	796	K. f. Dufaten	5 49
Kreditaktien	210.80		

**Fremden-Anzeige.**  
Den 16. März 1863.  
Hr. Cohen, Ingenieur, von Belgien. — Hr. Strauß, Kaufmann, von Reims. — Hr. Winteritz, Kaufmann, von Wien. — Luzzatto, Handelsmann, von Triest. — Hr. Basovi, Handelsmann, von Padua. — Hr. Vertagbich, Hausbesitzer, von Neustadt.

3. 578.  
**Pfandamtliche Lizitation.**  
Donnerstag den 26. März werden zu den gewöhnlichen Amtsstunden in dem hierortigen Pfandamte die im Monate Jänner 1862 versetzten, und seither weder ausgelöst noch umgeschriebenen Pfänder an den Meistbietenden verkauft.  
Laibach den 18. März 1863.

3. 575. (1)  
**Ein Oekonomie-Verwalter,**  
im Kanzlei- und Rechnungswesen erfahren, der deutschen und böhmischen Sprache mächtig, wünscht eine Anstellung.  
Zuschriften an F. F. poste restante Maissau.

3. 504. (2)  
Bei **Joh. Giontini**, Buch- und Kunsthändler in Laibach, ist zu haben:  
**Album für Brief-Marken.**

Vierte revidirte Auflage. Leipzig, 1863. In zwei Ausgaben. Nr. I auf starkem Schreibpapier, gebunden in Leinwand mit geschmackvoller Goldpräge fl. 2. Nr. II auf dünnem Schreibpapier gebunden in Leinwand fl. 1.20.  
NB. Dieses Album ist wegen seiner zweckmäßigen Einrichtung, nebst vollständiger Uebersicht und Beschreibung aller bis jetzt ausgegebenen Brief-Marken, jeden Briefmarken-Sammler, zur Anschaffung, zu empfehlen.

**Album für Photographien,**  
in Papier-, Leinwand- und Leder-Einbänden, mit eleganten Beschlägen und Verzierungen. Für 20, 25, 40, 50 und auch mehr Bilder, von 80 fr. bis 10 fl.

3. 576. (1)

## Einladung zum Abonnement

auf die im Verlage von **J. Engelhorn** in Stuttgart, in monatlichen Lieferungen à 45 Nfr. D. erscheinende:

# Gewerbehalle,

Organ für den Fortschritt in allen Zweigen der Kunst-Industrie, unter Mitwirkung bewährter Fachmänner geleitet von **Wilhelm Bäumler** und **Julius Schnorr**.

Diese reichhaltig und prachtvoll illustrierte Zeitschrift sucht einem allseitig ausgesprochenen Bedürfnisse entgegen zu kommen. Sie bringt außer praktisch verwendbaren **Vorlagen** (und **Details in natürlicher Größe**) für Arbeiten des Tischlers, Schlossers, Bildhauers, Vergolders, Stuccators, Eisen- und Dekorateurs **Ornamente** und **Motive** in allen Stylen als Ideen-Magazin zu eignen Entwürfen (für Plafonds, Wände, Fußböden, Bronzen, Uhren, Gold-, Silber- und Metallarbeiten, thönerne Gefäße, Fayence, Porcellain, Glas, Krystall; für Bijouterie, Leder- und Portefeuillearbeiten, Weberei, Süderei etc.); sodann werden erprobte **Arbeitsmaschinen** und **neue Erfindungen**, die von Einfluß auf die Kunst-Industrie sind, abgebildet und beschrieben. — An diesen praktischen Theil schließen sich an: **Aufsätze** über Styl und Kunst in den Gewerben; **Biographien** berühmter Kunst-Industriellen, **Abhandlungen** über die einschlägigen **Hauptprodukte**, **technische Notizen** u. s. w. — Das erste Heft (H. Folio) liegt in **allen Buchhandlungen** zur Ansicht auf, woselbst auch Prospekte gratis ausgegeben werden. —

Zu Aufträgen empfehlen sich:  
**Georg Lercher, Joh. Giontini und Ign. v. Kleinmayr & F. Bamberg** in Laibach.

3. 573. (2)

# Promessen

auf

## Credit-Lose zur Ziehung

am 1. April 1863  
mit Haupt-Treffern von

### 250,000, 40,000, 20,000 fl. etc.

à fl. 4 gestempelt,

und mit der Unterschrift des Großhandlungs-Hauses **J. C. Sothen** in Wien versehen, sind noch zu haben bei

## J. E. Wutscher.

3. 540. (2)

## Einladung

an die

# geehrte Damenwelt

zur Besichtigung meines sorgfältig sortirten Lagers an

## Frühjahr-Damenmänteln, Mantills

in der neuesten und geschmackvollsten Façon von den verschiedensten Stoffen.

# Strohhüte

werden hier zum Färben, Putzen und Modernisiren angenommen.

## A. J. Fischer,

Kundschafplatz Nr. 222, vis-à-vis der Schusterbrücke.